

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

- Auszug -

237. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 1. Juni 2017

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

**Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
(Arbeitsbericht der 18. Legislaturperiode)**

Drucksache 18/12511

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien

Die **Reden** sollen **zu Protokoll** gegeben werden. – Widerspruch dagegen sehe ich nicht.¹

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 18/12511 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Auch das sieht so aus. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 24:

Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: **Bericht des Parlamentarischen**

Beirats für nachhaltige Entwicklung (Arbeitsbericht der 18. Legislaturperiode)

Drucksache 18/12511.....

Anlage 18

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: – Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (Arbeitsbericht der 18. Legislaturperiode) (Tagesordnungspunkt 24)

Josef Göppel (CDU/CSU): Müssen die Menschen in 100 Jahren die Erde verlassen? Mit dieser Botschaft erschreckte Stephen Hawking vor einigen Wochen für einen Moment die Mediengesellschaft. Wirklich ernst nimmt das niemand.

Dabei sind objektive Zeichen einer Überstrapazierung der Erde nicht zu übersehen: der Anstieg des CO₂-Gehalts der Atmosphäre von 270 auf 400 ppm, die ansteigende Versauerung der Meere, der Schwund fruchtbarer Erde.

Doch es gibt Gegenkräfte: jede Pflanze, die mit Sonnenlicht Biomasse aufbaut, und der kontinuierliche Wärmefluss aus dem Innern der Erde, der den globalen Stoffkreislauf antreibt.

Alexander von Humboldt hat diese Zusammenhänge nach der Besteigung des Chimborazo als einer der Ersten geahnt. 1845 schrieb er in seinem *Kosmos*: Die Natur ist lebendig, „wie von einem Hauche beseelt von Pol zu Pol nur ein Leben ausgegossen ist in Stei-

¹⁾ Anlage 18

nen, Pflanzen, Tieren und in des Menschen schwellender Brust“.

Der Mensch bleibt trotz aller Technik auf die produktive Oberfläche der Erde angewiesen auf ackerfähige Böden, auf Weideflächen, auf Fischgründe, auf Wälder. Er braucht sie zur Erzeugung seiner Lebensmittel im umfassenden Sinn und zur Aufarbeitung seiner Abfälle.

Das ist das Anliegen dieser Rede: werben für die Achtung vor dem Land, den offenen, atmenden Boden, die fruchtbare Erde.

Wie gleichgültig nehmen wir es hin, wenn wieder ein Stück frisches Land überbaut wird. Der Industriebau zum Beispiel muss wegkommen von der landfreschenden Erdgeschossigkeit, und der Bau von Personautos mit 400 PS ist mit einer nachhaltigen Wirtschaftsethik nicht mehr vereinbar!

Ein Kollege sagte in diesem Zusammenhang vor kurzem: „Unsere Kernkompetenz ist aber doch Wirtschaft!“ Gestatten Sie dazu einen Vergleich aus dem Alltagsleben. Ein kleiner Junge sitzt auf dem Arm seines Großvaters. Er streckt die Hände hoch und ruft: „Ich bin größer als du!“ So wie ihm ist uns oft nicht bewusst, was uns trägt.

An dieser Stelle ein Appell. Wenn es dem Bundestag ernst ist mit der Nachhaltigkeit, dann muss der Beirat dafür endlich mit klaren Befugnissen in der Geschäftsordnung verankert werden.

Der dem Markt innewohnende Wachstumszwang hin zum Oligopol schien mit der sozialen Marktwirtschaft gebändigt. Die regelfreie Globalisierung seit den 90er-Jahren erinnert dagegen an wild dahinbrausende Rösser eines antiken Wagenrennens. Irgendwann tragen sie den führungslosen Wagen aus der Kurve. Wir brauchen keinen Rückzug, sondern einen Siegeszug der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Ernst Ulrich von Weizsäcker oder Franz Josef Radermacher haben die Schritte dahin konkret benannt.

Eigentlich muss das schon aus ökonomischer Sicht gelingen, denn Rohstoffe und Energie werden global gehandelt. Mit den Kosten dafür stehen Städte und Länder in direkter globaler Konkurrenz. Wer haushälterischer damit umgeht, wird wirtschaftlich stärker.

Für das alltägliche Handeln gibt es eine klare Richtschnur: Immer dann, wenn Sie sich mit einer Maßnahme den Kreisläufen der Natur nähern, liegen Sie richtig. Nehmen wir die Mühe auf uns, dafür immer wieder Anstöße zu geben und andere immer wieder auf dieses Ziel hin anzusprechen!

Am Schluss des Aufrufes an die „Handelnden“ in der Umweltenzyklika sagt Papst Franziskus: Allen, die am Schutz unseres gemeinsamen Hauses arbeiten, möchte ich „meine Anerkennung, meine Ermutigung und meinen Dank aussprechen“.

Dr. Lars Castellucci (SPD): Vor wenigen Stunden hat Donald Trump den Klimavertrag von Paris aufgekündigt. Worüber wir gestern noch gejubelt haben, das ist heute gefährdet. Es steht unglaublich viel auf dem Spiel.

Gleichzeitig: Es ist nun leicht, sich über den amerikanischen Präsidenten zu erzürnen; doch Nachhaltigkeit wird nur umgesetzt werden, wenn alle in ihrem Bereich das Mögliche tun und vielleicht noch etwas mehr. Deshalb: Konzentrieren wir uns auf unseren eigenen Einflussbereich und zeigen nicht auf die anderen.

Wir debattieren Nachhaltigkeit heute im Nachtprogramm; eigentlich gehört es aber in die Hauptsendezeit. Was ist also der Stellenwert von Nachhaltigkeit bei uns in Deutschland und im deutschen Parlament? Wir müssen deutlich mehr tun.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die vielen Institutionen und Ehrenamtlichen im Bereich der Nachhaltigkeit machen uns international sicherlich zu einem beispielgebenden Land. Gleichzeitig: Bereits am 24. April hatten wir auch in diesem Jahr wieder die uns zustehenden Ressourcen verbraucht. Wenn alle so wirtschaften und leben würden, wie wir, bräuchten wir zwei weitere Erdbälle im Kofferraum. Haben wir aber nicht. Deshalb: Wir müssen deutlich mehr tun.

Die Menschen kaufen sich Autos, die weniger Sprit verbrauchen, und fahren dafür viel mehr Kilometer. Heraus kommt der sogenannte Rebound-Effekt. Wir werden nicht nachhaltiger über technologische Lösungen allein. Wir müssen die Köpfe und Herzen der Menschen erreichen. Nachhaltigkeit muss Freude machen. Wir müssen also deutlich mehr tun. Es braucht einen Aufbruch wie zu Zeiten der Agenda 21 und eine ineinandergreifende Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern, Bund, der Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Der Parlamentarische Beirat hat in der zurückliegenden Wahlperiode für die Aufnahme der Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz geworben. Die CDU hat dann einen Rückzieher gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union: Wir müssen deutlich mehr tun. Und dafür brauchen wir die Staatszielbestimmung, die uns in unserem Handeln leitet und verpflichtet.

Ich werbe noch für einen weiteren Punkt: Kein Haushalter hier im Parlament würde es dulden, wenn die Regierung beschlösse, dass der Haushalt künftig eine Strategie der Regierung darstellt und die Abgeordneten diese nur zur Kenntnis nehmen. Die wichtigen Dinge gehören ins Parlament. Wir müssen deutlich mehr tun: Die Nachhaltigkeitsstrategie muss demokratisiert, hier im Parlament diskutiert und verabschiedet und durch den Parlamentarischen Beirat – mit materiellen Rechten ausgestattet – wirkungsvoll begleitet werden.

Ein Pfarrer wurde gefragt, wie viel Geld denn in

den Opferstock gelegt werden sollte, damit der liebe Gott zufrieden sei. Dieser antwortete: Wenn du doppelt so viel gibst, wie du eigentlich wolltest, hast du die Hälfte von dem gegeben, was der liebe Gott von dir erwartet.

So ist es mit der Nachhaltigkeit: Wir müssen deutlich mehr tun.

Carsten Träger (SPD): Was ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit? Das Gegenteil von Nachhaltigkeit denkt nicht von heute bis morgen früh. Das Gegenteil von Nachhaltigkeit trifft politische Entscheidungen beim Frühstücksfernsehen und leugnet Realitäten wie den Klimawandel.

Gerade hat Donald Trump verkündet, die USA werden aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen. Das sind schlechte Nachrichten für das Klima, aber auf jeden Fall schlechte Nachrichten für die USA. Denn dieser Schritt ist nicht nur dumm und rückwärts gewandt, er ist auch wirtschaftlich unsinnig. Fossile Energie statt erneuerbare, Nationalismus statt offener Gesellschaft, Konfrontation statt Vertrauen: verlorene Jahre für die USA, solange er Präsident ist. Umso wichtiger für den Rest der Welt, zusammenzustehen und noch mehr für Klimaschutz zu tun!

Umso stolzer bin ich auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die ein progressives Dokument ist. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie bekennt sich die Bundesregierung zur Einhaltung der planetaren Grenzen, der Belastungsgrenzen unserer Erde. Daraus resultiert – hier zitiere ich die Strategie – „ein Transformationsauftrag: Es geht darum, umfassende, beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben: in unserer Art zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren, in Technologien, Institutionen und Praktiken.“ Das ist ein politisches Bekenntnis mit Weitblick unter Anerkennung der Realitäten.

Es ist ein konkretes Programm: Wir haben bewährte und neue Indikatoren in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in der Strategie. Als Sozialdemokrat ist mir die soziale Dimension der Nachhaltigkeit besonders wichtig. Wir haben hier erstmals einen Armutsindikator und einen Indikator für soziale Ungleichheit. Bei den ökologischen Indikatoren sind Indikatoren zum Meeresschutz hinzugekommen.

Deutschland ist mit seiner Architektur der Nachhaltigkeit weltweit beispielgebend. Wir können stolz darauf sein, dass wir seit 2002 eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie haben, dass wir einen Rat für Nachhaltigkeit haben, dass wir einen Parlamentarischen Beirat haben – wir können stolz auf diese Institutionen und ihre Arbeit sein; aber wir müssen sie auch weiterentwickeln.

Im täglichen Politikbetrieb fällt die Nachhaltigkeit gerade in Ressorts, die das Prinzip nicht ohnehin schon immer mitdenken, leider oft hinten runter. Dieses Denken wollen wir aufbrechen.

Wie das gelingen kann, dass die Ministerien über ihren Tellerrand schauen und zusammenarbeiten, um nachhaltige Ziele zu erreichen, das hat die Umweltministerin im „Integrierten Umweltprogramm“ vorgestellt. Da hat Barbara Hendricks einmal bei den Schlüsselthemen Energie, Mobilität, Landwirtschaft und Konsum angesetzt und beschrieben, wie die Ministerien zusammenarbeiten können. Ein toller Aufschlag und ein Vorbild für andere Ressorts.

Nun sind wir dran. Die Regierung hat ordentlich vorgelegt. Nun muss das Parlament, nun müssen wir nachlegen. Ziele und Indikatoren sind das eine; aber die Ziele müssen natürlich durch gute Politik erreicht werden. Das ist unser Job. Es braucht engagierte, progressive Politik, um engagierte, progressive Ziele zu erreichen. Hier stehen jetzt alle, die bisher Nachhaltigkeit für sich proklamiert haben, in der Verpflichtung

Auch deshalb wollen wir Nachhaltigkeit im Grundgesetz verankern. Der Parlamentarische Beirat und der Rat für nachhaltige Entwicklung haben hier gemeinsam Vorarbeit geleistet. Große Köpfe wie Gesine Schwan, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Klaus Töpfer und Hans-Jürgen Papier sind mit uns der Auffassung: Nachhaltigkeit gehört ins Grundgesetz. Mit einem Staatsziel Nachhaltigkeit könnte das Ziel der Nachhaltigkeit noch viel stärker in die gesellschaftliche Debatte eingebracht werden. Das Staatsziel wäre immer eine Ermahnung, auch an längerfristige Wirkungen zu denken.

Wir alle führen Nachhaltigkeit in den Sonntagsreden im Mund. Es ist an der Zeit zu liefern. Wenn wir das Grundgesetz für die Verwaltung der Autobahnen ändern können, dann sollten wir es für die Sicherung unserer Zukunft auch können. Alles andere wäre zu kurz gedacht – wie ein Tweet beim Frühstücksfernsehen.

Birgit Menz (DIE LINKE): Auch ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung für die engagierte, konstruktive und freundliche Zusammenarbeit danken.

Der PBnE hat in seinem Kerngeschäft zuverlässige Arbeit geleistet. Wir haben akribisch das Vorhandensein von Aussagen über Nachhaltigkeitswirkungen in Gesetzesvorhaben kontrolliert und so dazu beigetragen, dass solche Aussagen kaum noch vergessen werden. Eine inhaltliche Verbesserung dieser Aussagen haben wir nicht erreicht.

Wir haben die Übersetzung der Agenda 2030 in eine nationale Strategie mit viel Engagement begleitet. Wir haben uns beständig über die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie informieren lassen. Wir haben Gespräche dazu geführt, und wir haben die deutsche Nachhaltigkeitspolitik regelmäßig im Parlament zur Debatte gestellt.

Doch nach wie vor bestehen Defizite nicht nur bei

der Umsetzung wichtiger Maßnahmen, sondern schon bei ihrer Entstehung. Die vielzitierten Interessenkonflikte werden nach wie vor zu selten thematisiert. Und noch seltener werden sie anders aufgelöst als zugunsten der ökonomischen Dimension.

Das muss sich ändern. Ja, Nachhaltigkeit denkt soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen zusammen. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, ihr Verhältnis zueinander wäre beliebig. Unsere Umwelt gibt einen Rahmen vor, der nicht überschritten werden kann. Das Wirtschaften muss sich in diesen Rahmen einfügen und sich innerhalb der planetaren Grenzen am Menschen orientieren – nicht am Profit.

Deshalb müssen wir den Bruch mit dem Weiter-so, den sich die Bundesregierung mit der Nachhaltigkeitsstrategie zur Aufgabe macht, stärker einfordern.

Nach all den Auseinandersetzungen um geeignete Indikatoren und Ziele ist es an der Zeit, die entscheidende Frage zu beantworten, wie wir diese Ziele eigentlich erreichen wollen. Ich betrachte es als Aufgabe des Beirats, diese Frage in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte zu stellen.

Wir müssen aus dem Parlament heraus Ideen entwickeln, wie eine deutsche Nachhaltigkeitspolitik aussehen soll. Und wir müssen erreichen, dass die politikfeldübergreifende Zusammenarbeit, die wir von den Ministerien fordern, auch im Parlament stattfindet. Wir müssen zeigen, wie konstruktiv über Zielkonflikte gestritten werden kann und wie sich daraus – auch fraktionsübergreifend – konkrete Alternativen entwickeln.

Ein Weg dahin könnte sein, dass wir uns auf einige wenige, aber zentrale Einstiegsprojekte in die Transformation verständigen: Kernprojekte, die die soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit verbinden, die die deutsche Politik unter dem Gesichtspunkt globaler Verantwortung betrachten und die die soziale Gerechtigkeit heute mit der Gerechtigkeit gegenüber den kommenden Generationen verbinden.

Ein solches Einstiegsprojekt könnte der Kohleausstieg sein, für den man einen klaren Zeitplan und sozial gerechte Übergänge skizziert. Es könnte um die Zukunft der Arbeit gehen oder auch darum, wie die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Gesellschaft mit entsprechenden demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten verbunden werden kann. Denn wenn wir von den Bürgerinnen und Bürgern fordern, Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum zu übernehmen, dann müssen wir auch zulassen, dass ihre Verantwortung schon vorher beginnt, nämlich mit der Möglichkeit, darüber mitzentscheiden, was wir wie produzieren.

Der PBnE hat es geschafft, sowohl seitens der Bundesregierung als auch in der Gesellschaft in seinem Kerngeschäft als wichtiger Akteur wahrgenommen zu

werden. Das zeigen auch die vielen Forderungen nach einer Stärkung dieses Gremiums, die von Verbänden in ihren Kommentaren zur Nachhaltigkeitsstrategie erhoben wurden.

Diese Unterstützung, die wir aus der Gesellschaft heraus erhalten haben, sollten wir als Auftrag verstehen, unsere Arbeit, aber auch unser Selbstverständnis weiterzuentwickeln, nicht nur zu belien, wie der Beirat es im Netz ankündigt, sondern, wo nötig, eben auch kräftig zuzubeißen.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute debattieren wir den Arbeitsbericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Mit dem zweiten von mir mitverantworteten Arbeitsbericht neigt sich meine aktive Zeit im Nachhaltigkeitsbeirat dem Ende zu. Deshalb möchte ich heute zwei Dinge tun: Zurückschauen – und einen Blick in die Zukunft werfen.

Manches haben wir im Beirat erreicht. Ich möchte hier drei Beispiele nennen:

Den Beschluss zu Hermes-Bürgschaften in der letzten Wahlperiode.

Die Forderung nach einer Elektroquote im Bundesflugpark, die jetzt umgesetzt ist.

In jedem Bundesressort gibt es jetzt eine Nachhaltigkeitsbeauftragte oder einen Nachhaltigkeitsbeauftragten. Das ist eine Forderung des Beirats, die von der Bundesregierung in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt wurde.

Die Begleitung der nationalen, seit der Neuauflage im Januar deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist eine der Hauptaufgaben des Nachhaltigkeitsbeirats. Hier hat sich einiges getan. Die Strategie hat sich deutlich fortentwickelt. Ich hoffe, dass sie in Zukunft auch ambitionierter als bisher umgesetzt wird. Da ist nämlich noch deutlich Luft nach oben.

Zum Beispiel hat auch eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie nicht verhindert, dass der Bundesverkehrswegeplan weiterhin zu viele fragwürdige Straßenneubauprojekte beinhaltet. Hier müssen wir ran.

Das bringt mich zur Zukunftsbetrachtung. – Ich zitiere:

Aus der Agenda 2030 resultiert auch für Deutschland ein Transformationsauftrag: Es geht darum, umfassende, beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben: in unserer Art zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren, in Technologien, Institutionen und Praktiken.

Das Zitat ist übrigens nicht aus dem grünen Wahlprogramm, sondern aus der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Um diese Transformation zu erreichen, könnten wir hier im Hohen Haus und im Nachhaltigkeitsbeirat

zwei Dinge in Angriff nehmen:

Erstens. Nicht nachhaltige Politik muss weh tun, und das geht am besten über den Haushalt. Die Verteilung von Haushaltsmitteln ist ein äußerst wirksamer Hebel. Das kann man sich auch für die Nachhaltigkeit zunutze machen.

Zweitens. Weiterkommen müssen wir auch bei der

Weiterentwicklung der Prüfung der Gesetzesfolgenabschätzung. Der Beirat prüft bereits seit 2009 jeden Gesetzentwurf formal daraufhin, ob eine Nachhaltigkeitsprüfung stattgefunden hat. Das ist wichtig, denn oft genug fehlt in den Entwürfen selbst das. Auf Dauer reicht das aber nicht. Denn letztlich sagt die formale Prüfung überhaupt nichts darüber aus, ob ein Gesetzentwurf oder eine Verordnung der Nachhaltigkeit dient oder ihr sogar schadet. Dafür brauchen wir eine inhaltliche Prüfung